



Uneinig. Meist sind sie ein Herz und eine Seele, nicht so bei der SVP-Familieninitiative: CVP-Nationalrätin Elisabeth Schneider-Schneiter (l.) und CVP-Präsidentin Sabrina Corvini-Mohn. Fotos Nicole Pont

SVP-Volksbegehren spaltet die Baselbieter CVP

Die CVP-Politikerinnen Elisabeth Schneider-Schneiter und Sabrina Corvini-Mohn streiten über die Familieninitiative

Von Jonas Hoskyn

BaZ: Ausgerechnet die CVP, die sich stets das Label Familie auf die Fahne schreibt, ist bei der Familieninitiative der SVP gespalten wie keine andere Partei. Von einer Familienpartei könnte man doch eine klare Meinung zu einer Familieninitiative erwarten.

Sabrina Corvini-Mohn: Als Mitglied der CVP setze ich mich dort ein, wo Familien entlastet und gefördert werden. Das geschieht bei der Familieninitiative, darum sage ich Ja. Zudem hat die CVP Schweiz vor zwei Jahren im Positionspapier zur Familienpolitik Betreuungsabzüge für Kleinkinder gefordert – und zwar unabhängig von der Betreuungsform, sei dies Fremdbetreuung oder Eigenbetreuung. Nun wird uns mit der Familieninitiative genau diese Forderung auf dem Tablett serviert, dies gemäss unseren Wünschen und unserem Programm. Warum um Himmels willen greifen wir nicht zu?

Dann sind Sie dagegen, Familien zu fördern, Frau Schneider?

Elisabeth Schneider-Schneiter: Die Initiative ist ein Wolf im Schafspelz. Sie tönt sehr gut, aber sie begünstigt die Falschen. Familien, die Unterstützung wirklich nötig haben, werden gar nicht erfasst. Gefördert werden nur diejenigen, die es sich leisten können, dass ein Elternteil zu Hause bleibt. Wir kämpfen seit Jahren dafür, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf besser gewährleistet ist, dass beide Elternteile erwerbstätig sein können – eben dank familienexterner Betreuung beziehungsweise entsprechenden Steuerabzügen. Diese Errungenschaften sind durch die Initiative gefährdet.

Corvini: Das sehe ich anders. Ich bin eine klare Verfechterin der Wahlfreiheit des Familienmodells. Es gibt momentan eine Ungleichheit: Ein Modell wird gefördert, das andere nicht. Diese Ungleichheit muss beseitigt werden.

Konkret will die Initiative, dass Familien, die ihre Kinder selber betreuen, den gleichen Steuerabzug zugute haben, wie andere für die externe Betreuung.

Schneider: Heute können Familien, bei denen beide erwerbstätig sind, die Kosten für externe Betreuung bis zu einem bestimmten Betrag von den Steuern in Abzug bringen. Im Kanton Baselland machen das elf Prozent der Familien. Wenn nun noch 89 Prozent der Familien einen gleichen Abzug für die Selbstbetreuung in Anspruch nehmen, kostet das Millionen. Das können sich die Kantone gar nicht

leisten. Die Konsequenz ist, dass die familienexterne Betreuung nicht mehr im gleichen Mass von den Steuern abgezogen werden kann.

Corvini: Wenn wir Finanz- über Familienpolitik stellen, setzt die CVP ihre Glaubwürdigkeit als Familienpartei aufs Spiel. Das Geld ist ja nicht verloren. Es bliebe bei den Familien statt beim Staat. Damit haben die Familien mehr Kaufkraft und erhalten eine Entschädigung für das, worauf sie verzichten. Es ist nicht einfach so, dass dem Kanton Baselland bei einem Ja jährlich 42 Millionen Franken entgehen, wie dies immer wieder behauptet wird. Die Initiative lässt den Kantonen zudem viel Gestaltungsraum.

Sprich: Man würde die Abzüge für die externe Betreuung heruntersetzen.

Schneider: Wir haben im Kanton Baselland einen verhältnismässig hohen Abzug für externe Betreuung. Diese müsste man bei einem Ja sicher senken, sonst wäre das angesichts der angespannten finanziellen Lage für den Kanton nicht verkraftbar. Damit verschwinden für Frauen jegliche Anreize, erwerbstätig zu



«Die Initiative ist ein Wolf im Schafspelz. Sie tönt sehr gut, aber sie begünstigt die Falschen.»

Elisabeth Schneider-Schneiter

sein. Dabei wollen wir doch Frauen auf dem Berufsmarkt. Sonst brauchen wir noch mehr ausländische Arbeitskräfte, was der SVP auch wieder nicht passt. Ausserdem landen Frauen damit in der typischen Armutsfalle: Bei einer Scheidung ist die Frau zwingend auf die Unterstützungsbeträge des geschiedenen Mannes angewiesen, ansonsten landet sie auf der Sozialhilfe.

Corvini: Kein Paar entscheidet sich für oder gegen ein Familienmodell nur wegen der Steuerabzüge. Ich bin auch der Meinung, dass der Wiedereinstieg in die Arbeitswelt nach der Elternpause vereinfacht werden soll. Es ist ein sehr sinn- und wertvoller Entscheid, wenn sich Eltern bewusst für eine Pause für die Familienarbeit entschliessen. Solche Familien verzichten auch auf vieles, um für ihre Kinder da zu sein. Das verdient Anerkennung.

Schneider: Die Wahl des Familienmodells soll jede Familie für sich treffen. Mir war es sehr wichtig, immer auch finanziell eigenständig zu sein. Das waren für mich wichtige Überlegungen, die den Kinderwunsch nicht schmälern.

Corvini: Wie man sich organisiert, ist für jede Familie ein sehr persönlicher Entscheid. Da ist es wichtig, dass sich der Staat nicht einmischet. Wir müssen aufhören, die verschiedenen Familienmodelle gegeneinander auszuspielen.

Schneider: Aber die Wahlfreiheit, die besteht doch bereits heute. Es können alle entscheiden, ob sie zu Hause bleiben oder berufstätig sein wollen. Allerdings besteht sie nur für solche, die nicht auf zwei Einkommen angewiesen sind. Die Befürworter der Initiative argumentieren nur für diese Familien, die es sich leisten können, auf ein Einkommen zu verzichten.

Corvini: Aber die einkommensschwächeren Familien profitieren kaum von den Fremdbetreuungsabzügen. Das wird von den Gegnern bewusst verschwiegen.

Schneider: Die Familien profitieren, weil weiterhin Krippenplätze zur Verfügung stehen. Wenn die Familieninitiative durchkommt, ist es nicht mehr attraktiv, Doppelverdiener zu sein, und es werden damit weniger Krippenplätze benötigt – eben auch von Familien, die Selbstzahler sind. Wenn diese wegfallen, sind Krippenplätze für den Staat fast nicht mehr finanzierbar.

Corvini: Das sehe ich ganz anders. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gehört ganz klar auf die politische Pendenzenliste. Das wurde auch erkannt.

Schneider: Aber nicht von den Initianten. Die SVP gestaltet ihre Initiativen sehr clever. Das Ziel der SVP ist nicht, die verschiedenen Familienmodelle gleichzubehandeln, sondern das traditionelle Familienmodell zu begünstigen. Die SVP hat immer gegen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gekämpft. Deshalb hat sie sich im Frühjahr bei der Abstimmung auch gegen den Familienartikel für eine

bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgesprochen.

Sind Sie also eine Kämpferin für die traditionelle Familie, Frau Corvini-Mohn?

Corvini: Es geht nicht einfach darum, dass die Frau zu Hause bleibt und der Mann arbeiten geht. Es gibt ganz viele



«Man muss doch endlich die Familienarbeit, die geleistet wird, honorieren und würdigen.»

Sabrina Corvini-Mohn

Modelle dazwischen, beispielsweise wenn beide Partner Teilzeit arbeiten und die Nachbarn und Grosseltern bei der Kinderbetreuung helfen. Alle diese Familien hätten bei einer Annahme der Familieninitiative Abzüge zugute.

Schneider: Wer die Kinder selber betreut, dem entstehen ja auch keine Kosten, die er abziehen könnte. Die können auch keine Abzüge machen. Wenn man das Steuersystem so ändert, dass man Abzüge machen kann, auch wenn gar keine Kosten entstehen, kann man das ins Unendliche

ausdehnen. Dann hätten ja letztlich auch Grosseltern oder Nachbarn einen Abzug zugute, wenn sie die Kindern betreuen.

Corvini: Aber man muss doch endlich die Familienarbeit, die geleistet wird, honorieren und würdigen. Wenn die Familien, die diesen Effort bisher eigenverantwortlich leisten, das nicht mehr machen würden, würde das den Staat Milliarden kosten. Den grössten Anteil an externer Betreuung erledigen im Kanton Baselland übrigens immer noch die Grosseltern.

Schneider: Natürlich, auch wir nehmen die Hilfe von Grosseltern und Freunden in Anspruch.

Wie sind Sie im Hause Schneider-Schneiter organisiert?

Schneider: Wir haben einen Sohn und eine Tochter, die jetzt 11 und 13 Jahre alt sind. Wir haben beide immer 100 Prozent gearbeitet. Wir hatten eine Kinderfrau, die von Morgen bis Abend bei uns zu Hause war. Diese haben wir selber finanziert. Dass ein Teil der Kosten heute abzugsfähig ist, bereut, dem entstehen ja auch keine Kosten, die er abziehen könnte. Die können auch keine Abzüge machen. Wenn man das Steuersystem so ändert, dass man Abzüge machen kann, auch wenn gar keine Kosten entstehen, kann man das ins Unendliche

Frau Corvini-Mohn, Sie werden kommenden Frühling erstmals Mutter. Wissen Sie schon, wie Sie sich organisieren werden?

Corvini: Wir haben Vorstellungen, doch zuerst soll unser Kind auf die Welt kommen. Deshalb möchte ich dazu noch nichts sagen.

Familieninitiative – darum geht es

Die Volksinitiative fordert, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, den gleich hohen oder einen höheren Steuerabzug geltend machen können wie Eltern, die ihre Kinder gegen Bezahlung durch Drittpersonen betreuen lassen. Die Schweizer Bevölkerung wird am 24. November darüber abstimmen. Bundesrat und Parlament empfehlen, das Volksbegehren abzulehnen. Der Nationalrat hat es mit 110 zu 72 Stimmen bei 7 Enthaltungen abgelehnt, der Ständerat mit 26 zu 17 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Die Gegner werfen den Initianten steuerliche Ungerechtigkeit vor. Zudem setze die Initiative falsche Anreize. Die Befürworter argumentieren, dass heute jene Familien, in denen die Frau oder der Mann zu Hause die Kinderbetreuung wahrnimmt und so auch einen wichtigen Beitrag zugunsten der Gesellschaft leiste, fiskalisch bestraft würden. Die CVP Schweiz hat sich bei ihrer Parolenfassung knapp gegen die Initiative entschieden, die CVP Baselland wird heute Abend darüber befinden. dab